



## **Haushalts- und Finanzausschuss**

21. Sitzung (öffentlich)

6. September 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 14.20 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss zur Finanzierung des Projektes "Metrorapid"**

Berichte des Ministers für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr und des Finanzministers

Vorlage 13/813

1

Minister Ernst Schwanhold (MWMEV) beantwortet die von der Fraktion der Grünen gestellten Fragen (*Fragenkatalog s. Anlage*); Minister Peer Steinbrück (FM) gibt dazu ergänzende Hinweise.

1

In der anschließenden Aussprache werden die Fragen der Mitglieder des Verkehrsausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses durch den Wirtschaftsminister und den Finanzminister beantwortet.

3

**2 Gesetz zur Weiterentwicklung von Schulen (Schulentwicklungsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/1173

9

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf; sich ergebende Fragen werden von den Vertretern der Landesregierung beantwortet. Auf Wunsch der CDU-Fraktion soll die abschließende Beratung erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Anhörung des Schulausschusses durchgeführt werden.

**3 Ersatzschulfinanzierung neu gestalten**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/1303

12

Der Ausschuss debattiert den Antrag abschließend.

Er **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den **Antrag abzulehnen**.

**4 Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an den Euro in Nordrhein-Westfalen (EuroAnpG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/1246 und 13/1360

Vorlage 13/829

15

Nach kurzer Beratung **beschließt** der Ausschuss einstimmig, die vom Chef der Staatskanzlei in **Vorlage 13/829** angeregte **Änderung** einer Überschrift in Artikel 57 des Gesetzes **vorzunehmen** (s. auch *Beschlussempfehlung Drucksache 13/1552*).

In der Gesamtabstimmung **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag mit den Stimmen aller Fraktionen, den **Gesetzentwurf** unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung **anzunehmen**.

**Berichterstatterin:** Irmgard Mierbach (SPD)

**5 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW  
Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive in  
NRW**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/887

Zuschriften 13/752, 13/766 und 13/767

16

Nach kurzer, abschließender Beratung **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.

**6 Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschafts-  
modells**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/1223

In Verbindung damit:

**Öffentliche Daseinsvorsorge innerhalb der EU muss sich an den Grundsätzen der Subsidiarität und der Wettbewerbsneutralität ausrichten**

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1349

17

Im Rahmen einer kurzen Erörterung nehmen die antragstellenden Fraktionen in **Abschnitt IV Ziffer 8** des Antrages Drucksache 13/1223 eine **Änderung** vor (s. dazu S. 18 des Diskussionsteils).

Ein **Vertagungsantrag** der FDP-Fraktion wird mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen und einiger Abgeordneter der CDU-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung einiger CDU-Abgeordneter **abgelehnt**.

Anschließend **empfiehlt** der Ausschuss dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP, den **Antrag Drucksache 13/1223** in der geänderten Fassung **anzunehmen**.

**7 Wahlverordnung zum Börsenrat der Düsseldorfer Börse und Weiterentwicklung der Börsengesetzgebung in Deutschland**

Zuschrift 13/731

Bericht des Finanzministeriums

18

Minister Peer Steinbrück (FM) nimmt kurz Stellung und kündigt einen schriftlichen Bericht dazu an.

Der Ausschuss nimmt das Anliegen im Rahmen einer kurzen Aussprache zustimmend zur Kenntnis und wird das Thema bei nächster Gelegenheit noch einmal aufgreifen.

**8 Auswirkungen der Baseler Beschlüsse auf das Kreditgewerbe und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen**

Bericht des Finanzministeriums

20

Minister Peer Steinbrück (FM) berichtet dem Ausschuss und kündigt eine schriftliche Darstellung an. - Der Ausschuss nimmt den Bericht ohne Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

**9 Arbeitssituation in den Finanzämtern des Landes NRW**

Vorlage 13/843 21

- Bericht von Minister Peer Steinbrück (FM) 22

- Aussprache 24

**10 Sachstand der Verhandlungen zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs**

Bericht des Finanzministeriums 28

- Bericht von Minister Peer Steinbrück (FM) 28

- Aussprache 30

**11 Schuldenstand des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vorlagen 13/737 und 13/838 30

Beide Vorlagen werden im Rahmen einer kurzen Aussprache zur Kenntnis genommen.

**12 Verwendung der für Leistungsprämien und andere motivationsfördernde Maßnahmen vorgesehenen 50 Millionen DM im Haushaltsjahr 2001**

Bericht des Finanzministeriums 31

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Minister Peer Steinbrück (FM) ohne Diskussion entgegen.

Seite

**13 Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2001**

Bericht des Finanzministeriums 32

Minister Peer Steinbrück (FM) erstattet Bericht. 32

Die in der anschließenden Aussprache aufgeworfenen Fragen werden  
vom Minister beantwortet bzw. sollen später beantwortet werden. 33

**14 Verschiedenes 34**

\*\*\*\*\*

Den Vorwurf, dass Schulgeld soziale Aussonderung bedeute, kann **Dr. Ingo Wolf (FDP)** so nicht stehen lassen. Es gehe der FDP keineswegs um soziale Auslese oder um die Ausgrenzung von Bedürftigen. Solche Probleme würden auch in anderen Ländern durch Stipendien- oder ähnliche Regelungen gelöst. Zurzeit kämen im Zusammenhang mit den Schulbüchern und an anderen Stellen Diskussionen auf, ob die derzeitigen Finanzierungsregelungen noch beibehalten werden könnten. Der Diskussion sollte man sich nicht verschließen; mit dem "sozialen Hammer" habe das nichts zu tun. Vielmehr sollten vom Grundsatz her diejenigen, die es bezahlen könnten, an der Finanzierung staatlicher Leistungen angemessen beteiligt werden.

Diesen liberalen Forderungen widerspricht **Rüdiger Sagel (GRÜNE)** entschieden. Mit der Realität sei das angesichts des sozialen Gefälles nicht in Einklang zu bringen.

Demgegenüber verweist **Angela Freimuth (FDP)** auf die Formulierung unter Abschnitt II des FDP-Antrages. Danach solle den Ersatzschulen die Möglichkeit eingeräumt werden, "unter Berücksichtigung sozialer Kriterien ein Schulgeld zu erheben". Damit seien die Einkommensverhältnisse der Eltern gemeint; soziale Klüfte könnten abgebaut werden.

Der **Vorsitzende** lässt abstimmen. - Der **Ausschuss** lehnt den Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU und Grünen gegen die Stimmen der FDP ab.

#### 4 **Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an den Euro in Nordrhein-Westfalen (EuroAnpG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 13/1246 und 13/1360

Vorlage 13/829

**Vorsitzender Volkmar Klein** weist darauf hin, dass zu dem Gesetzentwurf Drucksache 13/1246 mit Drucksache 13/1360 eine Berichtigung vorliege. Weiterhin habe der Chef der Staatskanzlei mit Vorlage 13/829 gebeten, in Artikel 57 des Gesetzes eine Änderung der Überschrift zu berücksichtigen. Außerdem habe das Finanzministerium am 11. Juli 2001 eine neue Druckfassung des Gesetzentwurfs übersandt und in einem Begleitschreiben deutlich gemacht, dass diese ausschließlich redaktionelle Überarbeitungen enthalte; inhaltlich sei der Gesetzentwurf unverändert. Er bitte den Finanzminister, dies zu bestätigen.

**Minister Peer Steinbrück (FM)** bestätigt die inhaltliche Gleichheit. Er bedauert zugleich, dass das Ministerium mit einer Korrektur habe aufwarten müssen. Anpassungen an den Euro

müssten in einer Vielzahl von Rechtsvorschriften vorgenommen werden. Es gehe um Ersetzung von Währungsbezeichnungen, Umrechnungen und Glättungen, aber nicht um inhaltliche Festlegungen. Eine solche Anpassung sei nicht zwingend vorgeschrieben; die Landesregierung sei jedoch aus mehreren Gründen zu der Auffassung gelangt, die Rechtsvorschriften ändern zu sollen. Zur Erleichterung der Beratungen des Parlaments sei nicht eine Vielzahl von Gesetzentwürfen, sondern ein Artikelgesetz vorgelegt worden.

Der **Vorsitzende** lässt abstimmen (*Ergebnis s. Beschlussteil*).

**5 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW**  
**Steuerungsgesetz zum Bürokratieabbau und zur Standortoffensive in NRW**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/887

Zuschriften 13/752, 13/766 und 13/767

**Dr. Ingo Wolf (FDP)** führt aus, das Gesetz sei darauf gerichtet, Behörden abzuschaffen, Aufgaben zu verringern und Standards zu verändern. Ein entscheidender Punkt sei der Wegfall von Vorschriften als Folge der "Beweislastumkehr". Eine systematische Durchleuchtung müsse stattfinden und zu einem stärkeren Standard- und Bürokratieabbau führen, um letztlich die finanziellen Lasten des Landes tragen zu können.

Der Gesetzentwurf enthalte eine Fülle nachvollziehbarer Feststellungen, bemerkt **Helmut Stahl (CDU)**. Auf der anderen Seite sei er ein Rundumschlag, der in dieser Form nicht realisierbar sei. Er ziehe nicht die notwendige Grenze zwischen einem Antrag und einem Gesetzentwurf. Schon deshalb halte die CDU-Fraktion ihn für nicht zustimmungsfähig.

**Michael Groschek (SPD)** stellt fest, seine Fraktion sage nicht "Ja, aber ...", sondern "Nein" zu dem Gesetzentwurf. Es sei unseriös, 50 % aller Vorschriften auf einmal abschaffen und pauschal 10 Milliarden DM Bürokratiekosten einsparen zu wollen. Finanzminister Steinbrück habe gestern bei der Haushaltseinbringung darauf hingewiesen, welche Qualität dieser Gesetzentwurf habe. Die SPD-Fraktion lehne ihn ab.

Der **Ausschuss** empfiehlt mit den Stimmen der SPD, der CDU und der Grünen gegen die Stimmen der FDP, den Gesetzentwurf abzulehnen.



Landtag NRW Edith Müller MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den Vorsitzenden  
des HFA  
Herrn Volkmar Klein MdL

im Hause

*E. Müller  
29/08 09  
15.00 Uhr*

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 2068 oder 2807  
Telefax (0211) 884 – 3008

eMail edith.mueller@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 29.08.2001

### HFA Sitzung am 6. September 2001

Sehr geehrter Herr Klein,

hiermit beantrage ich, die Tagesordnung der HFA-Sitzung am 6. September 2001 um den Tagesordnungspunkt „**Klarheit über die Finanzierung des Metrorapids**“ zu erweitern.

Im Einzelnen bitte ich um die Beantwortung folgender Fragen und die Vorlage entsprechender Unterlagen:

#### 1. **Kosten für die Vertiefung der Machbarkeitsstudie**

In der Vorlage zum Unterausschuss „Metrorapid in NRW“ (13/0813) wird dargestellt, dass eine weitere Vertiefung der Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben werden soll. Darin sollen die spezifischen Anforderungen an die Realisierung des Metrorapid in NRW untersucht werden. In der Ausschusssitzung am 23.08.01 wurden die zusätzlichen Kosten mit ca. 3 Mio. DM angegeben. Laut Vorlage 13/0813 soll das Land NRW diese Kosten übernehmen. Bzgl. der Kosten für die Machbarkeitsstudie hatten Bund und Land jedoch eine Aufteilung vereinbart (50/50).

- a) Auf welche Vereinbarung mit dem Bund stützt sich die Aussage, dass die Vertiefung der Machbarkeitsstudie vom Land übernommen werden muss?
- b) Aus welchem Haushaltstitel beabsichtigt das MWMEV diese Kosten zu übernehmen?
- c) Ist die Angabe von 3 Mio. DM richtig und sind weitere Kostensteigerungen ausgeschlossen?

#### 2. **Planungskosten**

Das Verkehrsministerium hat in der Unterausschuss-Sitzung am 21.08.01 dargestellt, dass vorbereitende Planungsleistungen bereits ab September 01 vergeben werden sollen. Die Vorbereitung der Planfeststellung sollen bereits im September 01 beginnen (s. Vorlage 13/0813)?

- a) Welche Planungskosten (in welcher Höhe) sind beabsichtigt aus dem

Landeshaushalt zu finanzieren?

b) Welche Verpflichtungsermächtigungen geht das MWMEV mit der Vergabe ein?

c) Aus welchem Titel und für welches Jahr würden diese Kosten relevant?

d) Planungskosten sind Teil der Investitionskosten. Diese trägt nach politischer Vereinbarung der Bund. Sollen Planungskosten aus dem Landeshaushalt vorfinanziert werden? Wenn ja, aus welchem Haushaltstitel?

e) Ist es haushaltsrechtlich zulässig, Planungsleistungen zu vergeben, bevor ein Ergebnis der Machbarkeitsstudie vorliegt und bevor eine Zusage des Bundes über die Realisierung des Projektes vorliegt?

f) Wer trägt das Risiko für vorfinanzierte Kosten, falls das Projekt nicht an NRW vergeben wird (d. h. bei einem negativen Ergebnis der Machbarkeitsstudie)?

### 3. Kostenübersicht

Welche Kosten werden insgesamt für NRW für das Projekt „Metrorapid“ anfallen? (Bitte eine Übersicht über Kosten für die Machbarkeitsstudie, Planungskosten, GEP-Verfahren, Öffentlichkeitsarbeit und sonstige Kosten).

Welche Leistungen davon wurden bereits vergeben, welche Kosten und VEs stehen bis zum Ende des Jahres 2001 an?

### 4. Bundesmittel

Werden die Mittel für das Projekt Metrorapid vom Bund als Zuschüsse oder als Darlehen gezahlt? An welcher Stelle ist dies im Bundeshaushalt nachvollziehbar bzw. wo wurde die Festlegung vereinbart?

Zuständig 

Zu diesen Fragen erbitte ich einen Bericht des Ministers.

Mit freundlichen Grüßen



Edith Müller MdL

(in Kopie an: Frau Silvia Winands)

 ergänzt nach tel R  
mit H. Becker (Büro Fr. Müller)

LS 29/08 01